

CHINA

Hauskirchen-Prediger bei Bibelstunde festgenommen

Als „Gefangenen des Monats April“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA den chinesischen Christen Ma Yan benannt. Der 32-Jährige aus der nordchinesischen Stadt Yinchuan (Autonomes Gebiet Ningxia) fand als Student zum Christentum, ist Prediger einer Hauskirche und befindet sich seit dem 9. August 2024 in Haft. An diesem Tag kam es zu einer Razzia verschiedener Polizeieinheiten während einer Bibelstunde, die Yan leitete. Dabei wurde er zusammen mit drei weiteren Christen festgenommen. Ihnen wurde „Störung der öffentlichen Ordnung“ vorgeworfen, nachdem sich Yan geweigert hatte, sich mit seiner Hauskirche der staatlich kontrollierten

Musterbrief

Staatspräsident Xi Jinping
via Botschaft der Volksrepublik China
Märkisches Ufer 54

Exzellenz,

bitte erlauben Sie mir, dass ich mich aus Sorge um den 32-jährigen chinesischen Christen Ma Yan aus der nordchinesischen Stadt Yinchuan (Autonomes Gebiet Ningxia) an Sie wende. Er ist ein Prediger und wurde am 9. August 2024 während einer Bibelstunde, die er leitete, festgenommen.

Zunächst lautete die Anschuldigung „Störung der öffentlichen Ordnung“. Im weiteren Verlauf erhoben die Behörden zudem den Vorwurf gegen ihn, eine verbotene Versammlung veranstaltet zu haben. Auf dieser Grundlage erging ein förmlicher Haftbefehl gegen den Prediger und daher wird er weiter festgehalten.

Die Volksrepublik China hat am 5. Oktober 1996 den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte unterzeichnet, der in Artikel 18 das Recht auf Religionsfreiheit beinhaltet. Die Verhaftung von Ma Yan stellt einen schwerwiegenden Verstoß gegen dieses Menschenrecht dar, das auch in Artikel 36 der Verfassung Ihres Landes zugesichert wird. Ich möchte hiermit an Ihre Vertragstreue appellieren und bitte Sie daher, sich für die umgehende Freilassung des Ehepaares einzusetzen.

Hochachtungsvoll

Musterbriefe in deutscher und englischer Fassung können Sie herunterladen:
<https://www.religionsfreiheit-igfm.info>



FOTO: PRIVAT

Ma Yan

Drei-Selbst-Bewegung anzuschließen. Im weiteren Verlauf erhoben die Behörden zudem den Vorwurf gegen ihn, eine verbotene Versammlung veranstaltet zu haben. Auf dieser Grundlage erging ein förmlicher Haftbefehl gegen den Prediger und daher wird er fortgesetzt festgehalten.

Das kommunistische China kriminalisiert systematisch diejenigen Christen, die sich weigern, sich staatlich kontrollierten Organisationen anzuschließen. IGFM und IDEA bitten um Appelle an den chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping, sich für die umgehende Freilassung des Christen einzusetzen.

CHINA

„Harter Kampf“ gegen christliche Gemeinschaft

Seit dem Jahr 2024 hat das kommunistische China seine Verfolgung der christlichen Gemeinschaft „Kirche des Allmächtigen Gottes“ wesentlich verstärkt, wie ein in diesem Frühjahr erschienener Bericht offenlegt. Darin heißt es, dass die Zentrale Kommission für Politik und Recht der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) im August 2023 eine geheime Anweisung für einen dreijährigen „harten Kampf“ gegen diese Kirche erlassen hatte, der 2024 beginnen sollte. Infolgedessen führten landesweite Ermittlungen ab Januar 2024, insbesondere ab Juni, zu Massenverhaftungen. Mindestens 19.053 Anhänger wurden im

Jahr 2024 inhaftiert und 2.175 wurden daraufhin verurteilt, darunter 168 zu sieben oder mehr Jahren Gefängnis, die längste Strafe betrug 14 Jahre. Mindestens 24 ihrer Mitglieder starben 2024 an den Folgen von Folter und anderer menschenunwürdiger Behandlung. Der Bericht wird alljährlich von der Gemeinschaft selbst erstellt und aktualisiert veröffentlicht.

Wie der englischsprachige Online-Informationendienst zur Religionsfreiheit „Bitter Winter“ betont, können diese Daten als verlässlich gelten, da sie von den kommunistischen Behörden, insbesondere dem Ministerium für öffentliche Sicherheit, in

Pressemitteilungen in der Tendenz bestätigt werden. So berichtet die Behörde regelmäßig über Massenverhaftungen und schwere Bestrafungen, die mit der Anschuldigung gerechtfertigt werden, dass es sich bei der „Kirche des Allmächtigen Gottes“ um einen „böswärtigen Kult“ handle. „Bitter Winter“ weist auch darauf hin, dass der chinesische Geheimdienst Asylbewerber, die Anhänger der Kirche sind, etwa in Europa, den USA und Südkorea aufspürt und ihre Namen veröffentlicht. Im Falle einer Abschiebung in die Volksrepublik droht ihnen Haft, Folter, Vergewaltigung und letztlich Lebensgefahr.

Stephanuspreis für mutigen Einsatz in Zeiten der Radikalisierung

In einer Zeit höchster Gefahr für die christliche Minderheit in Syrien hat die Stephanus-Stiftung für verfolgte Christen die syrische Initiative der „Blauen Maristen“ mit ihrem diesjährigen Stephanuspreis für deren heroischen Einsatz geehrt. Die Auszeichnung wurde im Rahmen der diesjährigen 53. Jahresversammlung der IGFM am 29. März 2025 feierlich verliehen. Stellvertretend für die Gruppe von katholischen Ordensbrüdern und Laienmaristen wurde der Preis dem Gründer und ehemaligen Leiter Dr. Nabil Antaki überreicht. In seiner Laudatio betonte Karl Hafen, ehemals Geschäftsführender Vorsitzender der IGFM, die Maristen hätten ihren Widerstand gegen alltägliche Gewalt, Entbehrungen und Verwüstungen durch ihre Solidarität mit den Bedürftigsten gezeigt und damit Hoffnung geschenkt. Dabei hätten sie besondere Ausdauer bewiesen. „Zurückweichen, aufgeben gehören nicht zum Wortschatz der Maristen.“

Der Verein der „Blauen Maristen“ hat seit Beginn des Krieges in Aleppo fünf Hilfsprogramme und neun Bildungs- und Entwicklungsprogramme ins Leben gerufen, von denen Tausende Menschen, insbesondere vertriebene Familien, ungeachtet ihrer Religionszugehörigkeit profitiert ha-

ben. „Das tun sie weiterhin mutig in einer Zeit, in der die radikale Islamisierung in Syrien auf vielen Ebenen voranschreitet, wie zum Beispiel durch Kopftuch- und Ramadan-Fasten-Zwang auch für Nichtmus-



V.l.n.r. Leyla Antaki Moussalli, Dr. Nabil Antaki, Maristenbruder Georges Sabé gründeten zusammen die Gruppe der „Blauen Maristen“.

FOTO: BLAUE MARISTEN

lime, Zerstörung christlicher Symbole und Stätten, Eingriffe in die Versammlungsfreiheit, durch eine Rache-Justiz begleitet und kürzlich sogar in Massakern an Andersgläubigen gipfelnd“, teilte die Stiftung mit.

Im Jahr 2011 begann ein Aufstand gegen das despotische Regime Assads und der Baath-Partei, zunächst mit friedlichen Protesten, dann mit gewaltsamen Konflikten zwischen der syrischen Armee und den bewaffneten islamistischen Dschi-

had-Gruppen, die 13 Jahre lang erfolglos versuchten, das Regime zu stürzen, wobei jede Seite von ausländischen Mächten unterstützt wurde.

Nach der Despotie des Assad-Regimes und einem 13-jährigen Krieg gelang es 17 bewaffneten islamistischen Rebellengruppen unter der Führung von HTS (Hayaat Tahrir al-Sham) am 8. Dezember 2024, die Macht zu übernehmen. Seither herrschen jedoch Unordnung und Chaos: Aufhebung der Verfassung und Auflösung des Parlaments, der Armee und der Polizei, Entlassung von über 300.000 Verwaltungsangestellten. Willkürliche Verhaftungen und standrechtliche Hinrichtungen sind an der Tagesordnung.

Die Militäroperation in der Küstenregion um Latakia und weiteren Städten vom 6. bis 8. März 2025 war begleitet durch Überfälle, Hausdurchsuchungen und Verschleppungen. Die Suche nach den Überresten des alten Regimes entwickelte sich zu einem Massaker an Alawiten und Christen: Zwischen 1.600 und 3.000 Menschen wurden ermordet. Diese Entwicklung kam wenig überraschend, handelt es sich bei der HTS (Hayaat Tahrir al-Sham) doch um eine terroristische Gruppe, die aus der einst mit Al Kaida verbundenen El-Nusra-Front hervorgegangen ist.

PAKISTAN

Willkürliche Verhaftungen von Ahmadi-Muslimen beim Gebet

Am 21. März 2025 sind zwei Ahmadi-Muslime im pakistanischen Islampura (Provinz Punjab) in ihrer Moschee beim Freitagsgebet verhaftet worden. Ihnen wird vorgehalten, sich fälschlich als Muslime ausgegeben zu haben, was gemäß den Paragraphen 295-A, 298-B und 298-C des pakistanischen Strafgesetzbuches einen Gesetzesverstoß darstellt. Angeblich seien sie zudem im illegalen Besitz verfälschter Versionen des Koran.

Am 28. Februar 2025 wurden in der pakistanischen Stadt Daska 26 Mitglieder

der Ahmadiyya-Muslim-Gemeinde festgenommen, darunter Kinder im Alter von elf und 14 Jahren. Ihnen werden illegale Freitagsgebete in ihrer Gebetsstätte vorgeworfen, nachdem Anzeige gegen sie bei der Polizei erstattet wurde. Anhänger der extremistisch-dschihadistischen Partei Tehreek-e-Labbaik Pakistan (TLP) hatten das Gebäude umzingelt und die Betenden bedroht, die sich hilflos an die Polizei wandten. Anstatt sie zu beschützen, nahmen die Polizisten sämtliche Versammelten fest.

Erst am 16. Januar 2025 zerstörten lokale Behörden unter einem Vorwand die historische Ahmadiyya-Muslim-Jaamat-Moschee in derselben Stadt. Soziale Medien verbreiten Videos, die zeigen, wie sich Anhänger der TLP vor Polizeistationen versammeln und Stimmung gegen Ahmadi-Muslime machen. Über ihr gewaltsames Vorgehen gegen pakistanische Christen berichtete bereits die Menschenrechtsanwältin Aneeqa Anthony aus Lahore in einem Interview für die jüngste 53. IGFM-Jahresversammlung in Bonn.